

Antrag 86/I/2022**KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Die SPD fordert das Ende der Verfolgung und den Schutz von Julian Assange**

1 Die Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion und
2 die sozialdemokratische Fraktion des EU-Parlaments wer-
3 den aufgefordert, sich in den internationalen Beziehun-
4 gen mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten von
5 Amerika (USA) für die Freilassung des im Hochsicherheits-
6 gefängnis Belmarsh in England wg. Hochverratsvorwür-
7 fen in den USA in Auslieferungshaft verwahrten Gründer
8 der Plattform Wikileaks Julian Assange einzusetzen und
9 seine Freilassung unverzüglich zu erwirken.

10

11 Begründung

12 Julian Assange, der Gründer von WikiLeaks, sitzt seit über
13 zwei Jahren im britischen Hochsicherheitsgefängnis Bel-
14 marsh in Auslieferungshaft, was völlig unangemessen ist.
15 Er unterliegt massiven Einschränkungen. Nur wenige aus-
16 gewählte Personen dürfen ihn besuchen. Sein Gesund-
17 heitszustand ist aufgrund der Haftbedingungen und sei-
18 nes vorherigen zwangsweisen Aufenthalts in der ecua-
19 dorianischen Botschaft besorgniserregend. Er hatte Ende
20 2021 einen Schlaganfall. Eine Fortsetzung der Haft trägt
21 zur Sorge bei, dass er diese nicht überleben wird.

22

23 Aktuell fechten Assanges Verteidiger die Entscheidung
24 des Londoner Berufungsgerichtes an, welches das Auslie-
25 ferungsverbot an die USA im Dezember aufgehoben hat.

26 Vorwürfe

27 Ab dem 25. Oktober 2012 veröffentlichte WikiLeaks un-
28 ter der Bezeichnung „*Detainee Policies*“ Dokumente über
29 Militäraktionen der US-Armee im Irak-Krieg, die bewei-
30 sen, dass aus Militärhubschraubern unschuldige Zivi-
31 listen willkürlich getötet wurden. Die Dokumente ma-
32 chen zusätzlich die Behandlung von Gefangenen in US-
33 amerikanischen Militärgefängnissen und Gefangenenla-
34 gern öffentlich. Diese Bilder belegen Folter und Kriegsver-
35 brechen.

36 Der zentrale Vorwurf der US-Justiz an Assange lautet - ne-
37 ben der Veröffentlichung der Dokumente auf Wikileaks
38 - dass er mit Whistleblowerin Chelsea Mannings zusam-
39 mengearbeitet habe und bei dieser Arbeit über übliche
40 journalistische Methoden hinausgegangen sei. Des Wei-
41 teren wird behauptet, dass die Veröffentlichung des ge-
42 heimen Materials dazu führte, dass US-Bürger durch die
43 Veröffentlichung gefährdet wurden.

44 Assange wird unter Berufung auf den Espionage Act von
45 1917 in den USA des Hochverrats angeklagt. Dieses Gesetz
46 erlaubt u. a. auch die Todesstrafe. Bei einer Verurteilung
47 auf Basis dieses Gesetzes drohen ihm 175 Jahre Haft in den

48 USA.

49 Bewertung

50 Assange und die von ihm gegründete Enthüllungsplatt-
51 form Wikileaks haben mit den Veröffentlichungen getan,
52 was die Kernaufgabe des Journalismus ist: Sie haben über
53 einen Missstand berichtet und enthüllt, was mächtige Po-
54 litiker und Militärs vor der Öffentlichkeit verbergen woll-
55 ten. In den USA wurde Assange dafür in Abwesenheit un-
56 ter dem sogenannten Espionage Act angeklagt - einem
57 Gesetz aus der Zeit des Ersten Weltkriegs, das einst verab-
58 schiedet wurde, um gegen Spione und Saboteure vorzu-
59 gehen. Die US-Behörden nutzen es nun, um Journalist*in-
60 nen, Hacker*innen und Publizist*innen anzuklagen.

61

62 Der Gründer von Wikileaks hat mit seinem Handeln
63 Kriegsverbrechen der US-amerikanischen Armee aufge-
64 deckt und von seinem Recht auf freie journalistische Tätig-
65 keit Gebrauch gemacht. Seine Verhaftung wäre ein herber
66 Schlag gegen die Pressefreiheit und ein großer Rückschritt
67 beim Umgang mit Whistleblowern. Nils Melzer (Sonder-
68 berichterstatler der UN für Folter) hat Assange in Bel-
69 marsh mit zwei Ärzten besucht. Er bezeugt, "dass sich
70 sein Gesundheitszustand besorgniserregend verschlech-
71 tert hat, so dass sein Leben jetzt akut gefährdet ist", d.h.
72 auch sein Gesundheitszustand macht es zwingend not-
73 wendig, Assange in die Freiheit zu entlassen und nicht in
74 die USA auszuliefern. Die Bundesrepublik muss Assange
75 Asyl gewähren und seine medizinische Betreuung sicher-
76 stellen. Auch muss seine Freiheit gefordert werden, weil
77 mit seiner Anklage ein Präzedenzfall geschaffen würde,
78 der die Arbeit des freien Journalismus gefährdet. Dieser
79 fußt darauf, dass durch die Veröffentlichung - auch gehei-
80 mer Dokumente - Missstände aufgedeckt werden, ohne
81 dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wer-
82 den müssen. Die „4. Gewalt“ läuft Gefahr gegen nationa-
83 le Gesetze ausgespielt zu werden. Journalist*innen könn-
84 ten wegen der Aufdeckung von Missständen jederzeit als
85 Straftäter angeklagt werden.

86 Wir als SPD sehen in diesem Antrag einen grundsätzli-
87 chen Beitrag zur Unterstützung der demokratischen Wer-
88 tegemeinschaft, die auf Pressefreiheit, Rechtsstaatlich-
89 keit, Menschenrechten und Freiheit basiert.